

Bundestagsreport

der Landesgruppe Brandenburg

Foto: Uwe Witt



In dieser Ausgabe:

Hartz IV

Gentechnologie

Deutsche Einheit

Sinti und Roma

Energiepolitik: Vorwärts in die VERGANGENHEIT

Inhalt

Hartz IV bleibt Armut per Gesetz.....Seite 3
Diana Golze

Beschämende Politik.....Seite 4
Wolfgang Nešković

Deutsche Einheit bis heute nicht vollendet.....Seite 6
Dr. Dagmar Enkelmann

Energiepolitik der Bundesregierung auf Irrwegen.....Seite 7
Sabine Stüber

Politik sucht Sündenböcke.....Seite 8
Thomas Nord

Bundesregierung will Gentech-Turbo-Regionen.....Seite 9
Dr. Kirsten Tackmann

Reden der Landesgruppenmitglieder.....Seite 10

PressemitteilungenSeite 12

Parlamentarische Initiativen der Linksfraktion.....Seite 14

KontaktSeite 16

ImpressumSeite 17

Hartz IV bleibt Armut per Gesetz

von Diana Golze

Die Anhebung der Regelsätze für alleinstehende Erwachsene um 5 Euro ist ein Hohn. Zynischer kann man Menschen nicht zeigen, dass sie für die Gesellschaft wertlos sind. Dieser menschenunwürdige Regelsatz wurde von der Bundeskanzlerin in einer Geheimirunde hinter verschlossenen Türen mit den CDU-Ministerpräsidenten ausgehandelt. Zudem weigert sich die Bundesregierung, die Rohdaten der neuen Erhebungen herauszugeben!

Offensichtlich besteht die Bezugsgruppe nicht mehr aus den untersten 20 Prozent, sondern nur noch aus den untersten 15 Prozent der Einkommen. Eine Änderung mit fatalen Folgen. Wenn das Ausgabeverhalten von Armen Grundlage der Bemessung des Existenzminimums ist, kann dabei nur größere Armut herauskommen. Zudem be-zahlen die Hartz IV-Beziehenden diese Anhebung selbst, da zeitgleich das Elterngeld bei jungen Familien in Hartz IV angerechnet sprich gestrichen werden soll.

Vor allem bei Kindern sehen wir einen Verstoß gegen das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das eine eigen-ständige und am Bedarf der Kinder orientierte Ermittlung des Kinderregelsatzes gefordert hat. Dies beweist z.B. die völlig realitätsferne Summe von 6,07 Euro pro Monat für Windeln.

Auch die Gutscheine in Höhe von 10 Euro pro Monat für Sport, Musik oder Freizeiten sind keine Sicherung der Teilhabe am kulturellen Leben, die ebenfalls vom Bundesverfassungsgericht angemahnt wurde.

DIE LINKE hat zu all dem Forderungen aufgestellt.

Um wirklich existenzsichernd zu sein, müssen die Regelsätze auf 500 € angehoben bzw. mindestens in einem ersten Schritt auf das vom Paritätischen Wohlfahrtsverband be-rechnete Niveau von 420 € für alleinstehende Erwachsene angepasst werden!

Die Kinderregelsätze müssen umgehend so angehoben werden, dass sie das verfassungsmäßige Existenzminimum Kind gerecht und damit eigenständig abbilden und den gleichberechtigten Zugang zu Bildung sicherstellen! Für beide Leistungen muss schnellstens eine unabhängige Expertenkommission eingesetzt werden, die eine fortlaufende Bedarfsermittlung durchführen soll.

Es kann nicht sein, dass die Atomlobby und skrupellose Banker in diesem Land verschont wer-den, während sich die Bundesregierung bei den Schwächsten der Gesellschaft bedient.

DIE LINKE wird auch weiterhin gegen diesen sozialen Kahl-schlag protestieren und Al-ternativen aufzeigen – innerhalb und außerhalb der Parlamente!



von Wolfgang Nešković

Beschämende Politik

Die schwarz-gelbe Regierung hat beschlossen, die Hartz IV-Sätze um fünf Euro zu erhöhen. Bei der Union und der FDP grassiert die Sorge vor dem ausufernden Sozialstaat. Die Diskussion über die Kosten des Sozialstaats ist jedoch eine reine Scheindebatte. In unserem Land läuft nicht der Sozialstaat aus dem Ruder, sondern Armut und soziale Polarisierung.

Dauerhaft kann mit 364 Euro niemand am gesellschaftlichen Leben teilhaben, sich ausgewogen ernähren, der Jahreszeit gemäße Kleidung kaufen – geschweige denn Geld ausgeben für eigentlich selbstverständliche Anwendungen wie Telefon, Internet oder Bücher und Zeitungen. Diese Dinge sind kein Luxus, sondern notwendig, wenn man am politi-

schen und sozialen Leben teilnehmen möchte. Das Grundrecht hierzu hat das Bundesverfassungsgericht in seiner Hartz IV-Entscheidung vor wenigen Monaten bestätigt. Die Karlsruher Richter haben geurteilt, dass Hartz IV mehr als nur das physische Überleben sichern muss. Die Grundsicherung soll ermöglichen, am politischen Geschehen und am gesellschaftlichen Leben aktiv teilzunehmen. Gegen diesen Urteilspruch verstößt die Koalition mit ihrer Politik.

Die Bundesregierung hat den neuen Regelsatz mit Taschenspielertricks offenbar auf die gewünschte Höhe heruntergerechnet. Es gibt jedoch keinen Sozialstaat nach Kasenslage. Es gehört zu den Pflichtenaufgaben des Staates, für die finanziellen Mittel zu sor-

gen, die notwendig sind, um seinen Verpflichtungen nachzukommen. Die Höhe der Sozialausgaben muss sich nach den tatsächlichen Grundbedürfnissen der Betroffenen richten, nicht nach dem Bundeshaushalt.

Neben der Empörung über die Entscheidung der schwarz-gelben Regierung bleibt die Frage, wie die Regierungsmitglieder ruhig schlafen können. Anstatt den Ärmsten unserer Gesellschaft eine Brücke zurück in die Mitte der Gesellschaft zu bauen, parkt die Regierung diese Bürgerinnen und Bürger auf dem Abstellgleis. Das ist beschämend und widerspricht der Verfassung, auf die Regierungsmitglieder einen Amtseid geschworen haben.



Mehr zum Thema auf dem Youtube-Kanal der Linksfraktion (Klick aufs Bild)

Die Energiepolitik der Bundesregierung Vorwärts in die VERGANGENHEIT

von Sabine Stüber

Es geht um eine Grundsatzentscheidung für unser Land. In welche Richtung entwickeln wir uns, und wo setzen wir Prioritäten? Die Energiepolitik ist dabei ausschlaggebend (das wusste schon Lenin). Seit Monaten melden sich landauf, landab Wissenschafts- und Wirtschaftsexperten zu Wort. Sie zeigen in Szenarien und Berechnungen, dass Deutschland seinen Strombedarf bis 2050 zu 100% aus erneuerbaren Energien decken kann, und sie beschreiben auch den Weg dahin.

Die Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke gehört nicht dazu. Es ist das falsche Signal, vor allem für die mittelständische Wirtschaft, für Stadtwerte, für eine nachhaltige Entwicklung in unserem Land. Laut dem Sachverständigenrat für Umweltfragen, dem Bundesumweltamt, Wissenschaftlern der Universität Flensburg und vielen anderen Fachleuten brauchen wir die Laufzeitverlängerung für AKW mit all ihren Sicherheits- und Endlagerproblemen nicht. Zudem weisen die Experten auch nach, dass der Strom für die Bürgerinnen und Bürger bezahlbar bleibt.

Einzig die vier großen Energiekonzerne RWE, EnBW, Vattenfall und E.ON. haben ein Interesse an dem Weiterbetrieb der Atomkraftwerke. Es geht um viel Geld, und so werden alle Register gezogen. Die Atomkraftwerkbetreiber versuchen dabei den Eindruck zu vermitteln, dass eine Laufzeitverlängerung besonders gut zu einem forcierten Ausbau der regenerati-

ven Energiequellen passt. Das Energiekonzept der Bundesregierung liest sich dann fast so, als hätte man Frau Merkel zum Diktat dieser Woche beschlossene Energiekonzept ermöglicht es RWE jedoch, Biblis B noch wenigstens acht Jahre am Netz zu lassen.

Jetzt ist auch noch ein Katalog von Bund und Ländern mit Nachrüstungserfordernissen für AKW aufgetaucht. Auf Fragen im Umweltausschuss bekommen die Abgeordneten nur sehr ausweichende Antworten. Das ist eine Missachtung des Parlamentarischen Informationsrechts. Wir zweifeln an der Glaubwürdigkeit der Regierung, solange die Öffentlichkeit und das Parlament weiter im Unklaren gelassen werden, was hier eigentlich mit den Energiekonzernen ausgehandelt wurde. Das haben wir auch gemeinsam mit Atomkraftgegnern am 28. September vor dem Kanzleramt lautstark kundgetan.



Nach ein Wort zur Sicherheit: Altersschwache Reaktorkonzerne, unzureichender Schutz vor Flugzeugabstürzen, Überflutung des AKW fordert. Aber sonst ist alles klar auf der Sicherheit deutscher AKW ist lang. Andrea Doria.

Deutsche Einheit bis heute nicht vollendet

von Dr. Dagmar Enkelmann

Bei der Debatte zur Deutschen Einheit in dieser Sitzungswoche musste man sich ein ums andere Mal fragen, wann endlich die wechselnden Bundesregierungen wenigstens das zur Kenntnis nehmen wollen, was sie selbst erarbeiten und in den jährlichen Berichten zum Stand der Einheit veröffentlichen lassen.

So beklagte CDU-Ministerpräsident Böhmer in der Debatte die sehr schmale Innovationslandschaft in den neuen Ländern. Tatsächlich liegen die Aufwendungen für Forschung und Entwicklung in den neuen Ländern bei nur 16 Prozent, verglichen mit denen im Westen. Ein wesentlicher Grund dafür steht im Jahresbericht zu lesen: 2008 waren von den 700 größten Unternehmen in Deutschland lediglich fünf Prozent in den neuen Ländern ansässig. Wo es an finanzkräftiger Wirtschaft fehlt, gibt es auch weniger Mittel für Forschung und Entwicklung. Hier müsste die öffentliche Hand in die Bresche springen. Das aber lehnt die Bundesregierung ab.

Die LINKE verschließt keineswegs die Augen davor, was in den letzten 20 Jahren in Ostdeutschland an positiven Veränderungen erreicht wurde. Das betrifft nicht allein die Ausstattung mit Telefonen oder Autos, wo inzwischen "Westniveau" erreicht ist. Das Leben ist bunter und vielfältiger geworden. Die Bürgerinnen und Bürger können sich mehr als früher in ihre Angelegenheiten "einmischen". Demokratie und Beteiligungsrechte sind gewachsen.

Es gibt aber auch andere Fakten. So liegt das Arbeitsrisiko bei über 18jährigen im Osten mit 24 Prozent deutlich über dem im Westen. In den neuen Ländern betragen die Löhne 79 Prozent des Westniveaus, die Arbeitslosenquote jedoch verharret bei 188 Prozent. Seit 1989 hat Ostdeutschland 1,8 Millionen Bürgerinnen und Bürger durch Abwanderung in den Westen verloren, fast 60 Prozent davon sind Frauen. Das verschärft den Bevölkerungsrückgang im Osten weiter.

Bei allem Jubel über die Einheit sieht sich DIE LINKE in der Pflicht, den Finger in die Wunde zu legen, zu sagen, was noch nicht funktioniert und welche Fehler gemacht wurden. Vor allem darf Ostdeutschland nicht länger eine Region verpasster Chancen sein. Die LINKE verlangt politisches Handeln der Bundesregierung, um die Deutsche Einheit zu vollenden und gleichwertige Lebensverhältnisse in Ost und West zu schaffen. Notwendig sind gleiche Löhne für gleiche Arbeit, gleiche Renteneckwerte sowie eine gezielte Förderung strukturschwacher Regionen in Ost und in West. Dazu wäre eine neue Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe sinnvoll. Mit einem Öffentlichen Beschäftigungssektor ließe sich der Arbeitsmarkt differenziert entwickeln. Es geht darüber hinaus um eine Stärkung der kommunalen Finanzausstattung. Die Bundesregierung muss Ostdeutschland als Modellregion für den sozialökologischen Umbau begreifen und den dortigen Erfahrungsvorsprung, u.a. bei der Kinderbetreuung, nutzen. Dazu legte Die LINKE einen Entschließungsantrag vor (Drs. 17/3079).

Politik sucht Sündenböcke

von Thomas Nord

Die Wirtschafts- und Finanzkrise von 2008 schlägt immer stärker in den politischen Raum durch. Banken, Börsen, Banker und Spekulanten sind den europäischen Staaten einen Rettungsschirm in Höhe von 750 Milliarden Euro wert. Bei den aktuellen Haushaltsberatungen wird dann in den Nationalstaaten festgestellt, dass die Schuldenstände zu hoch sind und wir über unsere Verhältnisse gelebt hätten. Die Verluste der Wirtschafts- und Finanzkrise werden durch den Rettungsschirm in staatliche Haushaltsschulden verwandelt, mit denen dann noch den Versachern der Krise unantwändig hohe Vergütungen gezahlt werden.

Zugleich werden jetzt von den Regierungen Sparpakete geschmürt, die gegen die Armen und Geringverdienenden gehen. In Deutschland zum Beispiel werden dieses Jahr über 50% im Sozialhaushalt eingespart. Die Folgen reichen bis weit in die gesellschaftliche Mitte und die Wut wächst. Die herrschende Politik versucht, von sich abzulenken und konstruiert Sündenböcke. Eine Methode, die auch in der deutschen Vergangenheit schon einmal in eine Katastrophe geführt hat. An den Folgen tragen wir bis heute. Über Diskriminierung von Muslimen haben wir bereits berichtet (Bundestagsreport Nr. 13). Muslimische Zuwanderer werden in Deutschland zunehmend als Belastung gesehen. Dies bestätigt eine neue Studie von Allensbach.

In Ostdeutschland vertreten 74% aller Befragten die Auffassung, dass muslimische Migranten uns

Bulgarien, Tschechien, Griechenland, Italien, Litauen, Rumänien und der Slowakei. In Ungarn werden die Roma durch die Partei Jobbik als „Parasiten der Gesellschaft“ bezeichnet, die „ausgemerzt“ gehören. Das ist unerträglicher Nazi-jargon.

Seit Jahresbeginn 2010 hat Frankreich rund 8000 Roma nach Rumänien und Bulgarien vertrieben und mehr als hundert Lager aufgelöst – obwohl sie wie jeder EU-Bürger das Recht auf Freizügigkeit besitzen. In der Slowakei machen Roma zehn Prozent der Bevölkerung aus, aber sie müssen in Slums leben. In Tschechien werden Roma-Kinder in der Regel auf Sonderschulen geschickt. Aus der Bundesrepublik sollen aktuell etwa 10.000 Roma in das Kosovo abgeschoben werden, die seit dem Bürgerkrieg hier sind. Viele sind hier aufgewachsen und haben hier ihre Heimat.

Für Schwarz-Gelb sind das anders als in Frankreich – keine Massenabschiebungen, sondern eine „schrittweise Rückführung von jährlich bis zu 2.500 Menschen“. Das ist ebenso zynisch wie die 5 Euro Hartz-IV Erhöhung von dieser Woche. Die neoliberalen Offensive hat seit dem Zusammenbruch des Realsozialismus europaweit Verelendung hervorgebracht und versucht nun, die Folgen ihrer sozialen Diskriminierung in rassistische Bahnen nach Unten abzuleiten. Dem werden wir uns entschieden entgegenstellen, denn linker Protest richtet sich gegen die Ursachen einer falschen Politik und nicht gegen ihre Opfer.



von Dr. Kirsten Tackmann

Die Agro-Gentechnik hat kaum Freunde. Auch ich zähle mich nicht dazu. Sie gefährdet die gentechnikfreie Landwirtschaft, die Imkerei und die Umwelt. Es gibt immer wieder Hinweise auf gesundheitliche Risiken. Unterm Strich kostet sie der Gesellschaft viel Geld. Reich werden damit nur die Saatgutkonzerne. Das hat auch der bayrische Umweltminister Söder (CSU) erkannt. Deshalb liegt er seiner Parteikollegin Ilse Aigner, zuständige Bundesministerin seit Monaten in den Ohren. Er will aus Bayern eine gentechnikfreie Region machen. Gleichzeitig hat Aigner mächtig Gegenwind von Forschungsmisnerin Schavan und Bundeskanzlerin Merkel. Beide arbeiten daran, der Agro-Gentechnik zum Durchbruch zu verhelfen. Das ist im Koalitionsvertrag klar formuliert. Selbst die Unterstützung für die Skandal-Knolle Amflora wurde dort ausdrücklich festgeschrieben.

Um dies umzusetzen, es aber auch dem Parteikollegen Söder Recht zu machen, will die Bundesregierung das Gentechnikgesetz ändern. Dafür hat das Aigner-Haus ein Eckpunkt Papier erarbeitet. Zwar noch nicht offiziell vorgestellt, ist es von einer gentechnikkritischen Organisation ins Internet gestellt worden. Über den Besorgnis erregenden Inhalt dieses Papiers wollten wir am Mittwoch im Agrarausschuss des Bundestages mit dem Staatssekretär Müller debattieren. Doch dieser hielt es weder für

nötig, die Inhalte des Papiers vorzustellen, noch detaillierte Informationen zu den Plänen der Bundesregierung zu geben. Damit zeigte er, was er vom Parlament zu halten scheint – nämlich wenig.

Die Bundesregierung will die Regelung der Agro-Gentechnik den einzelnen Bundesländern überlassen. Das ist vor dem Hintergrund ihrer Haltung auf EU-Ebene geradezu schizophoren. Dort lehnt sie mit Hinweis auf den EU-Binnenmarkt eine Anbauzulassung durch Mitgliedsstaaten ab. Doch zum Wohle der Agro-Gentechnik im eigenen Land bevorzugt sie den föderalistischen Ausweg.

Wenn es die Bundesländer selbst in der Hand haben, vermag Markus Söder zwar sein Bayern zu einer Festung gegen Monsanto und Co ausbauen, gleichzeitig jedoch können die gentechnikfreundlichen Bundesländer den Gentech-Turbo anschalten. Darauf spekuliert die Bundesregierung offenbar! Es muss befürchtet werden, dass in diesen Ländern die Hürden für Gentech-Pflanzen sehr niedrig gehalten werden, etwa durch geringe Abstandsvorschriften zu gentechnikfreien Feldern. Das Ergebnis wird ein Flickenteppich unterschiedlicher Vorschriften sein. Verlierer sind Landwirten, Imkerinnen und VerbraucherInnen, die sagen: Wir wollen keine Agro-Gentechnik! Das Eckpunkt Papier finden Sie **HIER**.

Reden

Hinweis: Mit einem Klick auf das @-Symbol hinter einem Artikel öffnet sich Ihr Browser und Sie gelangen zum entsprechenden Dokument auf der Website der Linksfraktion.



5 Euro-Hartz IV Erhöhung ist eine politische Entscheidung @

Diana Golze, Rede vom 29.9.2010

Wer nicht bereit ist, verdeckte Armut als wachsendes Problem anzuerkennen, sondern sie stattdessen zum Berechnungsgegenstand macht, sollte nicht von einem sachgerechten Verfahren sprechen. Schaffen Sie mit gesetzlichen Mindestlöhnen eine existenzsichernde Basis für Beschäftigte, damit Sie überhaupt wieder von einem Lohnabstandsgebot sprechen können. Sorgen Sie mit einer ehrlichen Berechnungsmethode endlich für Regelsätze, die eine wirkliche Grundsicherung darstellen! Wir werden Sie bei Ihrem Tun beobachten, der natürlichen Ressourcen dringt langsam doch in unser Bewusstsein. Die Fakten sind lange genug bekannt, auch was getan werden muss. Der Schutz der Lebensräume ist heute die Aufgabe, weltweit. Aber lassen sie uns benennen, was Deutschland leisten kann. Der sozial ökologische Umbau der Gesellschaft ist zu schaffen und das wäre schon die halbe Miete.



Regierung fördert Kinderarmut! @

Diana Golze, Rede vom 30.9.2010

Es ist schon bemerkenswert, wofür Ministerin von der Leyen die wirklich kurze Zeit seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts im Februar genutzt hat. Nämlich für Debatten über Chipkarten und Gutscheine, ohne zu sagen, was wirklich darin stecken soll. Start sich um die Probleme zu kümmern, deren Lösung eigentlich ihre Aufgabe gewesen wäre: der Öffentlichkeit einen Entwurf zu präsentieren, was sie zur Existenzsicherung von Kindern machen will. Dies hat sie nach mehrer Ansicht nicht getan.



Unvollkommen zivilisiert - Der Status der Tierhaltung. @

Kirsten Tackmann, Rede vom 30.9.2010

Mahatma Gandhi hat einmal gesagt: Eine Zivilisation kann man danach beurteilen, wie sie ihre Tiere behandelt. – Wir befinden uns aus meiner Sicht also gegenwärtig in einem sehr unvollkommen zivilisierten Status der Tierhaltung. Es wäre aus meiner Sicht und aus Sicht der Linken ein großer Schritt, wenn Sie sich überwinden könnten, den vernünftigen Anträgen, die hier vorliegen, endlich zuzustimmen.



Rede von Dagmar Enkelmann zum Thema Stuttgart 21 @

Geschäftsordnungsdebatte vom 1.10.2010

Wir müssen heute und hier in einer öffentlichen Debatte über dieses Thema reden und Rede und Antwort stehen. Ich denke, das sind wir denen schuldig, die in Stuttgart brutal bedroht und verletzt worden sind. Die Bitter haben Sie alle gesehen. Der Linken ist das Thema so wichtig, dass wir bereit sind, den von uns beantragten Tagesordnungspunkt zurückzuziehen, wenn stattdessen eine Debatte zu den gestrigen Vorgängen in Stuttgart durchgeführt wird.



Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Nach der lautstarken bisherigen Debatte will ich versuchen, zur Sachlichkeit zurückzukehren.

(Hartwig Fischer (Göttingen) (CDU/CSU): Was soll das denn heißen?)

Ich kann an dieser Stelle auch ruhig bleiben. Denn im Gegensatz zu allen anderen Fraktionen hat Die Linke Hartz IV an keiner Stelle zugestimmt.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Bundeskanzlerin hat aufgefordert: Wer das Konzept von Bundesarbeitsminister Ursula von der Leyen kritisiere, müsse sagen, an welcher Stelle man etwas für falsch halte und wo man noch etwas drauflegen wolle. Diesem Wunsch will ich sehr gern nachkommen.

Beginnen möchte ich mit dem, was Sie als „Anhebung der Regelsätze“ bezeichnet haben. Das ist ein sehr ungewöhnliches Wort. Euro pro Monat auch noch als wohlklingige Großzügigkeit erkaufen, deckt noch nicht einmal den Kaufkraftverlust, den der Regelsatz seit der letzten statistischen Erhebung 2003 erlitten hat! Das ist also kein Draufpackeln. Es ist nicht einmal im Ansatz ein Ausgleich für den erlittenen Wertverlust. Doch damit nicht genug: Was Sie als großzügiges Draufpacken bezeichnen, nehmen Sie den Hartz-IV-Betroffenen an anderer Stelle weg.

(Matthias W. Birkwald (DIE LINKE): So ist das!)
Streichung es heißt zwar Anrechnung, aber es ist eine Streichung des Eltern-geldes für junge Familien im ALG-II-Bezug geplant. Das ist ein Skandal. Sie sagen: Sie packen etwas drauf, nehmen es den Menschen aber an einer anderen Stelle weg. In Wirklichkeit ist es so, dass jetzt die Jungen Familien mit kleinen Kindern unter einem Jahr in Hartz IV für die Bildungsgutscheine für Hartz-IV-Kinder, die Sie jetzt ausgeben wollen, bezahlen. Das ist keine sozial gerechte Politik. Das ist Sparen bei den Armen.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Doch damit beginnen die Manipulationen leider nur. Sie, Frau Ministerin, be-

rufen sich in Interviews und hier gerne auf das Bundesverfassungsgericht und beteuern, Sie hätten sich an die Vorgaben gehalten. Bei genauerem Hinsehen stellt man aber sehr schnell fest, dass Sie die Regelsätze heruntergerechnet haben. Sie haben Menschen, die unterhalb des Existenzminimums leben, in die Berechnungsgrundlage eingeschlossen. Das heißt, Sie berechnen auf Grundlage von armen Menschen die Existenzgrundlage der Ärmsten. Das kann nicht die Wahrheit sein.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich fordere Sie deshalb noch einmal auf, Frau Ministerin: Machen Sie die Rohdaten und die alternativen Berechnungen öffentlich! Dann werden wir das volle Ausmaß der Manipulation sehen können. Die Regelsätze müssten nämlich deutlich höher ausfallen.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie haben das im Ausschuss für Arbeit und Soziales erst heute wieder abgelehnt, damit zeigen Sie, dass Sie keine Ehrlichkeit wollen.

(Dr. Dagmar Enkelmann (DIE LINKE): Unerhört! – Matthias W. Birkwald (DIE LINKE): Freu!

Fast überzeugend mitführend erklären Sie hier auch, was sich die Verkäuferin, der Maler und der Pförtner alles nicht leisten können. Sie bemühen althergebrachte Vorurteile. Ich höre, dass es nicht sein könnte, dass ein Langzeiterwerbsloser mehr haben könne als jemand, der Vollzeit arbeiten geht. Im Maß an den Menschen, die zu Hungerlöhnen arbeiten und damit nur etwas weniger arm sind als diejenigen, die keine Erwerbsarbeit haben. Doch wer Dumpinglöhne zum Maßstab für das Lohnabstufungsniveau nimmt, schafft nichts als noch größere Armut.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wer den Gering- und Normalverdiener gegen Erwerbslose ausspielt, schafft sozialen Unfrieden. Wer zudem noch über eine Debatte um Tabak und Alkohol alte Vorurteile heraufbeschwört, ver-

schärft die stigmatisierende Debatte der letzten Wochen.

(Beifall bei der LINKEN)

Dann würden die Kritiken an Herrn Westerwelle und Herrn Sarrazin völlig unglaubwürdig, denn wenn Sie die Genussmitteldebatten auf dem Rücken der Ärmsten führen, gleßen Sie das Theater der beiden Herren auch noch in Gesetzesform, und das müssen Sie sich vorwerfen lassen.

(Beifall bei der LINKEN)

Es gibt allerdings einen Vorwurf an alle, die seit 2003 an dieser Arbeitsmarktförm mitgewirkt haben. Liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD und der Grünen, zu Ihrer Kritik von heute an diesem Gesetz muss die Kritik am eigenen Tun von gestern dazugehören. Sie haben dieses Gesetz geschaffen, das das Bundesverfassungsgericht zu Recht kassiert hat. Aber auch das gehört natürlich dazu. Union und FDP haben mitunter daran mitgewirkt, diese Regelsätze verfassungswidrig auszugestalten.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, unsere Kritik am vorgelegten Entwurf zur Neuberechnung der Regelsätze bleibt. Wer hinter verschlossenen Türen und ohne Beteiligung der Öffentlichkeit einen Regelsatz zusammennimmt, sollte das Wort „Transparenz“ nicht benutzen.

(Beifall bei der LINKEN – Hartwig Fischer (Göttingen) (CDU/CSU): Gucken Sie einmal auf die Homepage! Dort steht alles! Können Sie mit der neuen Technik nicht umgehen?)

Wer nicht bereit ist, verdeckte Armut als wachsendes Problem anzuerkennen, sondern sie stattdessen zum Berechnungsgegenstand macht, sollte nicht von einem sachgerechten Verfahren sprechen. Schaffen Sie mit gesetzlichen Mindestlöhnen eine existenzsichernde Basis für Beschäftigte, damit Sie überhaupt wieder von einem Lohnabstufungsgebot sprechen können! Sorgen Sie mit einer ehrlichen Berechnungsmethode endlich für Regelsätze, die eine wirkliche Grundsicherung darstellen! Wir werden Sie bei Ihrem Tun beobachten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

5 Euro-Hartz IV Erhöhung ist eine politische Entscheidung

Pressemitteilungen

Merkel setzt mit Energie sozial Benachteiligte unter Druck
Dagmar Enkelmann, 29.9.2010



"Ihrem Titel als Kanzlerin der Konzerne macht Angela Merkel alle Ehre. Während sie bei den Energiesteuern der Wirtschaft weiter entgegenkommen will, sollen die Mieter für die Kürzungen bei der Gebäudesanierung bezahlen. Die Regierung arbeitet mit viel Energie daran, dass künftig noch mehr Menschen ihr vertrautes Obdach verlieren", erklärt Dagmar Enkelmann, 1. Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion DIE LINKE, zur Ankündigung der Bundeskanzlerin, Mieter künftig stärker an den Kosten der energetischen Gebäudesanierung zu beteiligen. Enkelmann weiter

"Der Einfallsreichtum und die Frechheit, mit denen die Regierung bei sozial Benachteiligten spart, sind kaum zu überbieten. Parallel zur Ankündigung steigender Mieten streicht Schwarz-Gelb bekanntlich die Zuschüsse des Bundes zu den Heizkosten. Viele Bürger fragen sich angesichts stetig steigender Betriebskosten für ihre Wohnungen bereits jetzt, wo die angebliebenen Einsparungen bleiben. All das wird Haushalte mit geringem Einkommen noch mehr als bisher unter Druck setzen. Schon heute wird für viele Familien erschwinglicher Wohnraum knapp, werden die Menschen an den Rand der Städte oder ganz in die Obdachlosigkeit gedrängt."

Klimaschutz darf nicht zu Lasten der Mieter gehen
Dagmar Enkelmann, 30.9.2010



"Die Bundesregierung versagt Klima- und sozialpolitisch auf ganzer Linie", erklärt Dagmar Enkelmann, 1. Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion DIE LINKE, angesichts der Berechnungen des Mieterbundes zu den finanziellen Folgen der von der Regierung geplanten Gebäudesanierung. "Die Mieter mit über hundert Euro pro Monat mehr Warmmiete belasten und zugleich die Programme für Gebäudesanierung infrage stellen: Wirksamer Klimaschutz sieht anders aus." Dagmar Enkelmann fährt fort:

"Seit dem Klimapfel in Kopenhagen, zu dessen Scheitern die Bundesregierung maßgeblich beitrug, vollzieht Schwarz-Gelb auch auf diesem Gebiet einen unsozialen Kurswechsel. Die Kosten für Klimaschutzmaßnahmen werden mehr und mehr bei den privaten Haushalten abgeladen, die Wirtschaft bleibt außen vor. Verschärft wird das noch mit der Streichung der Heizkostenzuschüsse des Bundes. Die Folgen für die Bürger liegen auf der Hand. Eine moderne Wohnung wird zum Luxusgut – und wer sich nur unsanierten Wohnraum leisten kann, zahlt dann bei den Heizkosten drauf."

Gemeinsame Agrarpolitik der EU nach 2013: Bundesregierung hat keine gleichstellungspolitischen Vorschläge
Kirsten Tackmann, 27.9.2010



"Die Bundesregierung spielt die Bedeutung der europäischen Agrarpolitik zur Überwindung von Gleichstellungsdefiziten in den Dörfern und kleinen Städten herunter. Ein geschlechtsspezifisches Herangehen an ländliche Entwicklungsfragen ist jedoch dringend geboten, wie unsere Kleine Anfrage gezeigt hat," kommentiert Dr. Kirsten Tackmann die Antwort der Bundesregierung auf die Antwort auf die Kleine Anfrage 17/2799 „Gleichstellung in ländlichen Räumen – Situation von Frauen und Mädchen in kleinen Städten und Dörfern“.

Tackmann weiter: "Die Bundesregierung ist auf dem gleichstellungspolitischen Auge im Bereich der ländlichen Räume blind. Die Gemeinsame Agrarpolitik sei generell geschlechtsneutral gehalten – die Chancengleichheit von Frauen und Männern gewährt. Doch die Realität sieht anders aus: Nur 9,7% der Bauernhöfe werden in Deutschland von Frauen geführt. Damit liegt unser Land skandalös weit unter dem EU-Durchschnitt von 28,8 % und bildet zusammen mit den 5,4% in den Niederlanden das europäische Schlusslicht. Es gibt also viel aufzuholen. Die Agrarförderung im Rahmen der GAP bietet dazu eine wichtige Möglichkeit. Deshalb müssen nach 2013 die Karten geschlechtergerecht neu gemischt werden. Der Handlungsbedarf ist, gerade was die Lebensbedingungen von Frauen in ländlichen Räumen angeht, enorm! Fehlende Ausbildungs- und Einkommensmöglichkeiten, ein Lohngefälle von rund 30 Prozent und der zunehmende Abbau öffentlicher Infrastruktur erschweren ihr Leben. Die hohe Abwanderungsquote junger Frauen ist nahezu zwingende Folge. Das Ziel, bis 2013 bundesweit für 35% aller Kinder unter drei Jahren Betreuungspolize zu schaffen, bezieht sich, so die Antwort der Bundesregierung, lediglich auf den Bundesdurchschnitt – damit bleiben die ländlichen Räume weiter abgehängt! Da Frauen oft nach wie vor den Hauptteil der familiären Betreuung leisten, drohen sie in den Dörfern und kleinen Städten zu doppelten Verliererinnen zu werden. Aus Sicht der Fraktion DIE LINKE sollten Förderprogramme so ausgestaltet werden, dass sie zwei wichtigen Verfassungsansprüchen gerecht werden: gleichwertige Lebensverhältnisse für Menschen in ländlichen Räumen herzustellen und die tatsächliche Gleichberechtigung von Frauen und Männern zu fördern. Beides ist nicht voneinander zu trennen."

http://www2.kirstentackmann.de/uploads/100923_pe_ka_gleichstellung_im_laendlichen_raum.pdf

Pressemitteilungen

Strukturwandel in der Lausitz jetzt angehen
Wolfgang Nešković, 30.9.2010



"Spätestens nach der Entscheidung der Bundesregierung für ein neues Energiekonzept ist offenkundig, dass ein Ausstieg aus der Braunkohleverstromung mittelfristig erfolgen wird. Es nützt den Menschen nichts, diese Zeichen der Zeit zu ignorieren. Die IHK Cottbus hat deshalb zu Recht angemahnt, schon jetzt den Strukturwandel vorzubereiten, um den Menschen in der Region zukunftsferne Arbeitsplätze zu sichern," erklärt Wolfgang Nešković, direkt gewählter Bundestagsabgeordneter im Wahlkreis Cottbus/Spree-Neiße sowie Justiziar und Vorstandsmitglied der Fraktion Die Linke im Deutschen Bundestag, anlässlich der Pläne der IHK Cottbus, den Ausstieg aus der Braunkohleverstromung in der Lausitz aktiv vorzubereiten. Nešković weiter:

"Es ist nicht Aufgabe der Politik, entgegen aller aktuellen Entwicklungen den Kopf in den Sand zu stecken. Ministerpräsident Platzeck ist dazu aufgefordert, sich seiner Verantwortung zu stellen und nicht länger am Vattenfall-Kurs festzuhalten. Alle Brandenburger Entscheidungsträger stehen nun in der Pflicht, einen Strukturwandel ohne Arbeitsplatzverluste vorzubereiten und dafür entsprechende Konzepte zu entwickeln. Als Bundestagsabgeordneter werde ich zusammen mit allen Kräften der Region an diesem Prozess mitwirken. Meine Gespräche mit der IHK waren in diesem Sinne erfolgreich und von dem Willen getragen, gemeinsam tätig zu werden. Die Lausitz kann Energieregion bleiben. Ihre Chancen liegen in den erneuerbaren Energien. Hierbei besitzen die Hochschulen und mittelständischen Unternehmen eine Schlüsselrolle. Es ist deshalb eine Kernaufgabe der kommenden Jahre, ihre erfolgreiche Arbeit zu stärken."

Bundeswettbewerb zur Kommunalen Suchtprävention
Sabine Stüber, 27.9.2010



Der Startschuss für den fünften Kommunalen Bundeswettbewerb zur Suchtprävention ist gegeben. Alle deutschen Städte, Gemeinden und Kreise sind aufgerufen, bis zum 17. Januar 2011 ihre Konzepte zum diesjährigen Thema "Suchtprävention für Kinder und Jugendliche in besonderen Lebenslagen" einzureichen.

Der Wettbewerb wurde von der Drogenbeauftragten der Bundesregierung, Mechthild Dyckmans und der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) ausgelobt, um die Bedeutung der Suchtprävention auf kommunaler Ebene hervorzuheben und gute Beispiele bekannt zu machen. Das Preisgeld beträgt insgesamt 70000 €. Die Bundestagsabgeordnete der LINKEN, Sabine Stüber, appelliert an die Kommunen in ihrem Wahlkreis, an dem Wettbewerb teilzunehmen: "Ich bin sicher, dass es auch in unserer Region überzeugende Beispiele zur Suchtprävention für Kinder und Jugendliche gibt, die unter schwierigen Lebensbedingungen aufwachsen müssen. Ich ermuntere die Verantwortlichen vor Ort, sich mit ihren Projekten am Wettbewerb zu beteiligen und ihre Arbeit bundesweit bekannt zu machen." Mit der Betreuung des Wettbewerbs ist das Deutsche Institut für Urbanistik beauftragt.

Anmeldeunterlagen stehen im Internet unter www.kommunale-suchtpraevention.de zur Verfügung oder sind unter folgender Adresse erhältlich: Deutsches Institut für Urbanistik (Difu), Wettbewerbsbüro Kommunale Suchtprävention, Postfach 12 03 21, 10593 Berlin. Bewerbungsschluss ist der 17. Januar 2011. Die Preisverleihung wird am 6. Juni 2011 in Berlin stattfinden.

Fall fürs Bundesverfassungsgericht
Wolfgang Nešković, 27.9.2010



"Die Bundesregierung verhandelt die Höhe der Hartz IV-Sätze wie auf einem Basar. Alle bisherigen Berichte legen den Verdacht nahe, dass die Regierung eben die Willkür in der Sozialgesetzgebung fortsetzt, der das Bundesverfassungsgericht ein Ende bereiten wollte. Deshalb werde ich der Linksfraktion im Bundestag in meiner Funktion als Justiziar dringend empfehlen, mit Grünen und SPD vor das Bundesverfassungsgericht zu ziehen," erklärt Wolfgang Nešković, Justiziar und Mitglied im Vorstand der Fraktion Die Linke im Deutschen Bundestag und Bundesrichter a.D., zu den Berichten über die Neufestsetzung der Hartz-IV-Regelsätze. Nešković weiter:

"Vieles spricht dafür, dass die Regierung den Hartz-IV-Regelsatz wiederum nach politischen Vorgaben festsetzt, anstatt hiermit ein realistisches Existenzminimum festzulegen. Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts gibt es jedoch keinen Sozialstaat nach Kassenlage. Es gehört zu den Pflichtaufgaben des Staates, für die finanziellen Mittel zu sorgen, die notwendig sind, um seinen sozialstaatlichen Verpflichtungen nachzukommen. Die Höhe der Sozialausgaben muss sich verfassungsrechtlich nach den tatsächlichen Grundbedürfnissen der Betroffenen richten, nicht nach dem laufenden Haushalt. Nicht der Sozialstaat läuft in Deutschland aus dem Ruder, sondern Armut und soziale Polarisierung. Deshalb ist die von Ministerin von der Leyen gemachte Vorgabe sozialstaatlich schädlich: Hartz IV ist kein Übergangsgeld, sondern für Millionen von Bürgerinnen und Bürgern dauerhaft das einzige Einkommen. Mit diesem Geld ist ein menschenwürdiges Leben in Deutschland nicht möglich."

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

Alle Pressemitteilungen finden Sie auch immer aktuell auf der Website der Linksfraktion www.linksfraktion.de

Anträge, Anfragen & Initiativen

Rückblick: Parlamentarische Arbeit der LINKSFRAKTION in dieser Sitzungswoche

Hinweis: Mit einem Klick auf das @-Symbol hinter einem Artikel öffnet sich Ihr Browser und Sie gelangen zum entsprechenden Dokument auf der Website der Linksfraktion.

Anfragen

29.9.2010

KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/3017

Ausländerfeindliche und rechtsextremistische Ausschreitungen in der Bundesrepublik Deutschland im August 2010

Abgefragt werden die monatlichen von Rechtsextremisten begangenen Straftaten, um die Öffentlichkeit frühzeitig über die Entwicklung dieser Straftaten zu informieren und aktuelle Gefährdungspotentiale aufzuzeigen. Für Opfergruppen, die Medien, Wissenschaftler, jüdischen Organisationen und Verbände et. bitten diese monatlichen Kleinen Anfragen mittlerweile eine wichtig gewordene Orientierung.

30.9.2010

KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/3019

Ausbildung im öffentlichen Dienst

Wir fragen die Bundesregierung nach wesentlichen Zahlen der im öffentlichen Dienst befindlichen Auszubildenden sowie der Entwicklung der letzten Jahre. Ziel ist die Forderung nach einem deutlichen Ausbau von Ausbildungsplätzen im öffentlichen Dienst..

30.9.2010

KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/3020

Planung der Bundesregierung zur Einführung einer Bildungschipkarte

Mit der Bildungschipkarte will die Bundesregierung das Verfassungsgerichtsurteil umsetzen und für Kinder der flächendeckend die Grundsicherung teilweise als Sachleistung/Gutschein ausgeben. Dies stellt ein Novum dar und wirft rechtliche, systematische wie soziale Fragen auf. Anhand der Fragen sollen die zentralen Bausteine und Mängel des Chipkartenmodells offengelegt werden.

30.9.2010

KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/3032

Internationale gemeinsame Übungen der Bundespolizei mit zivil-militärischen Verbänden und ihre Bedeutung für die zukünftige Entwicklung der Polizei

Die Kleine Anfrage soll die zunehmende zivil-militärische Polizeizusammenarbeit innerhalb der EU beleuchten und analysieren. Den Hintergrund bildet dabei die Rolle der Bundespolizei bei Trainings mit europäischen Gendarmerieeinheiten wie zuletzt im European Police Forces Training im brandenburgischen Lehmin. Die Verfasser erfragen hierzu die Haltung der Bundesregierung zu entsprechenden Studien des SWP bzw. von US- und Think Tanks, die eine Ausweitung von Gendarmerieeinsatzplan vorschlagen.

30.9.2010

KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/3033

Schutz der biologischen Vielfalt Vertragsstaatenkonferenz im Oktober 2010 in Japan

Die Kleine Anfrage fragt nach dem Stand der Umsetzung der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt und den Zusagen im Rahmen des internationalen Schutzes der Biodiversität. Welche Optionen gibt es für die Ziele zum Schutz der biologischen Vielfalt nach 2010 und wie sind diese in anderen Politikbereichen verankert?

Weitere Anträge und Anfragen finden Sie unter: <http://www.linksfraktion.de/initiativen/>

Anträge

1.10.2010

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/3079

Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2010

Die Bundesregierung strebt nicht mehr ernsthaft gleichwertige Lebensverhältnisse an. DIE LINKE fordert daher eine Gesetzesfolgenabschätzung Ost, vom Erfahrungsversprung Ost zu lernen und die Angleichung des Rentenwerts.

1.10.2010

ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/3041

Unlautere Telefonwerbung effektiv verhindern

Seit August 2009 soll das Gesetz zur Bekämpfung unerlaubter Telefonwerbung Verbraucher/innen vor Belästigung durch unerwünschte Werbeanrufe und vor dem Unterschieben von Verträgen im Zuge solcher Telefonate schützen. Die Erfahrungen seit Inkrafttreten der neuen Regelungen belegen jedoch, dass das Problem unvermindert besteht. Allein bei den Verbraucherzentralen gingen innerhalb von nur vier Monaten dazu 40.000 Verbraucherbeschwerden ein.

1.10.2010

ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/3042

Sozialkassen vor Beitragsverlusten bewahren

Am 14.12.2010 wird das Bundesarbeitsgericht über die Tariffähigkeit der Tarifgemeinschaft Christlicher Gewerkschaften für Zeitarbeit und Personalserviceagenturen (CGZP) richten. In den vorausgegangen Instanzen ist diese der CGZP abgesprochen worden. Bleibt es bei dieser Entscheidung sind die, auf Basis der Tarifverträge mit der CGZP, vereinbarten Löhne und Beiträge an die Sozialkassen in Milliardenhöhe zu gering ausgefallen. Es besteht Handlungsbedarf alle Beitragsforderungen zu sichern.

1.10.2010

ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/3044

Für einen geordneten und sozialverträglichen Ausstieg aus dem subventionierten Steinkohlebergbau

Nach dem Kohlekompromiss von 2007 werden die Bergwerke in NRW und dem Saarland 2018 schließen. Die EU hat jetzt aber die Subventionen nur bis 2014 genehmigt; danach würde 27.000 Bergleuten vorzeitig die Kündigung drohen. Der Bundestag fordert die Bundesregierung auf, den Kompromiß unverändert auf europäischer Ebene durchzusetzen und damit die Voraussetzungen für einen sozial- und umweltverträglichen Ausstieg aus der Steinkohle zu gewährleisten.

1.10.2010

ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/3046

Fortsetzung der Braunkohlesanierung in den Ländern Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen nach dem Jahr 2012

Im Interesse der ostdeutschen Bundesländer und dort lebender Bürger, die von den Folgen des Braunkohleabbaus betroffen sind, soll bei der Fortsetzung der Sanierung über 2012 hinaus die Verantwortung des Bundes insbesondere bei der Grundwassersanierung und der Schaffung zukunftsfähiger Folgenutzungen eingefordert und ausgebaut werden, zugleich sollen die Interessen betroffener Bürger gestärkt werden, indem die Beseitigung von Grundwasserschäden in einen Rechtsanspruch umgewandelt wird.

1.10.2010

ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/3045

Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus verstärken – Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus ausbauen und verstetigen

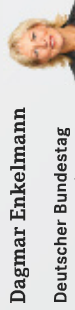
Die Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus laufen zum Jahresende 2010 aus. Der Antrag gibt die Position der LINKEN zur Neugestaltung der Bundesprogramme wider und fast unsere Vorschläge zur staatlichen Unterstützung in der Auseinandersetzung mit der extremen Rechten zusammen. Zudem werden et sich gegen die von der Bundesregierung geplante Umwandlung der Programme in so genannte "Anti-Extremismus-Programme".

Kontakt



Die gewählten Abgeordneten des Landesverbands DIE LINKE Brandenburg bilden eine Landtagsgruppe. Zur Landtagsgruppe Brandenburg gehören (v.l.) Wolfgang Nešković, Dagmar Enkelmann, Kirsten Tackmann, Thomas Nord, Sabine Stüber, Diana Golze. Thomas Nord hat die Funktion des Sprechers der Landtagsgruppe übernommen.

Dagmar Enkelmann



Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-78220
Telefax: (030) 227-76219
E-Mail: dagmar.enkelnmann@bundestag.de

Wahlkreisbüro Bernau

Berliner Str. 17
16321 Bernau b. Berlin
Telefon: (03338) 459-543
Telefax: (03338) 459-549
Sprechzeiten: Mo, Di, Do, Fr 9.00 – 17.00 Uhr, Mi nach Vereinbarung
E-Mail: wkb-denkelnmann@t-online.de

Wahlkreisbüro Strausberg

Wallstr. 8
15344 Strausberg
Telefon: (03341) 303-984
Telefax: (03341) 303-985
E-Mail: dagmar.enkelnmann@wk.bundestag.de



Landesgeschäftsstelle DIE LINKE

Alleestraße 3
14469 Potsdam
Telefon: (0331) 20009-0
Telefax: (0331) 20009-10
E-Mail: info@dieleinke-brandenburg.de

Diana Golze



Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-72329
Telefax: (030) 227-76329
E-Mail: diana.golze@bundestag.de

Wahlkreisbüro Rathenow

Märkischer Platz 2
14712 Rathenow
Telefon: (03385) 494521
Telefax: (03385) 494522
E-Mail: diana.golze@wk.bundestag.de

Bürgerbüro Belzig

Str. der Einheit 53ll
14806 Belzig
Telefon: (033841) 32547
Telefax: (033841) 43880
E-Mail: diana.golze.lf02@bundestag.de

Bürgerbüro Brandenburg

Altstädtischer Markt 2
14770 Brandenburg an der Havel
Telefon: (03381) 211789
Telefax: (03381) 229961
E-Mail: brb@diana-golze.de

Bürgerbüro Jüterbog

Große Str. 62
14913 Jüterbog
Telefon: (03372) 432691
Telefax: (03372) 432691

Sabine Stüber



Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-72138
Telefax: (030) 227-76138
E-Mail: sabine.stueber@bundestag.de

Wahlkreisbüro Eberswalde

Breite Straße 46
16225 Eberswalde
Telefon: (03334) 385155
Telefax: (03334) 385156
E-Mail: sabine.stueber@wk.bundestag.de

Wahlkreisbüro Prenzlau

Diesterwegstr. 1
17291 Prenzlau
Telefon: (03984) 8621862
Telefax: (03984) 8621863
E-Mail: sabine.stueber@wk2.bundestag.de

Kirsten Tackmann



Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-74308
Telefax: (030) 227-76308
E-Mail: kirsten.tackmann@bundestag.de

Wahlkreisbüro Kyritz

Wilsnacker Straße 1
16866 Kyritz
Telefon: (033971) 32-857
Telefax: (033971) 32-893
E-Mail: kirsten.tackmann@wk.bundestag.de

Thomas Nord



Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-72675
Telefax: (030) 227-76675
E-Mail: thomas.nord@bundestag.de

Wahlkreisbüro in Frankfurt (Oder)

Zehmeplatz 11
15230 Frankfurt (Oder)
Telefon: (0335) 869 508 31
Telefax: (0335) 869 508 32
E-Mail: thomas.nord@wk.bundestag.de

Wahlkreisbüro in Fürstenwalde

Eisenbahnstraße 146, 1.OG
15517 Fürstenwalde/Spree
Telefon: (03361) 34 26 18
Telefax: (03361) 34 26 24
E-Mail: thomas.nord@wk2.bundestag.de

Wolfgang Nešković



Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-72065
Telefax: (030) 227-76468
E-Mail: wolfgang.neskovic@bundestag.de

Wahlkreisbüro Cottbus

Straße der Jugend 114
03046 Cottbus
Telefon: (0355) 7842350
Telefax: (0355) 7842351
E-Mail: wolfgang.neskovic@wk2.bundestag.de



Alle Artikel gibt es auch online als Reintext zum komfortablen Ausdrucken. Klicken Sie einfach links auf das Bild!

Der nächste Bundestagsreport erscheint am 8. Oktober 2010.

Impressum

- Deutscher Bundestag - Fraktion DIE LINKE - Landesgruppe Brandenburg -
U.S.d.P.: Thomas Nord, MdB; Platz der Republik 1; 11011 Berlin
Tel.: (030) 227-71675; Fax: (030) 227-76675; E-Mail: dielinke-landesgruppe-brandenburg@bundestag.de